Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags ein-mal. Grosse-Stadtblatter: Montag „Illustrierte Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Wochblatt „Ill. H." Mittwoch „Haus und Garten". Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der deutsch. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 3,25 Mark exkl. Postbestellgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 3 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 Mark [illegible] % Zuschlag. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche [illegible] 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnement-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; [illegible]amer Str. 32; Hammerstr. 30; Königstr. 50/57; Moabiter Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzpl.; Rosenthaler Str. 3; Turmstr. 81; Schiffbauerd. 4; Chr. Franzl. Str. 101; Frankf. Allee 326; Bülowstr. 69; Wiener Str. 1a; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Schorlemerstr. 39; Rüdesh. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewa.: Hentrietenpl.; Wilmersd.: Kaiserallee 241; Wichterfelde-West: Lortzingstr. 1/2; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 56/60. In der Provinz Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 3.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 481
47. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Freitag
20. September 1915

Heftige Teilangriffe der Engländer abgewiesen.

Amtlich. Berlin, 19. September, abends. (W. T. B.)

Auf der gestrigen Schlachtfront zwischen dem Walde von Havrincourt und der Somme beschränkte sich der Engländer auf heftige Teilangriffe, die überall abgewiesen wurden.

*

Berlin, 19. September. (W. T. B.)

An der Cambrai-St. Quentin-Front wurde am 18. September den ganzen Tag über stellenweise vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein erbittert gerungen. Nachdem Engländer und Franzosen seit dem 8. vergeblich versucht hatten, in starken Teilvorstößen sich eine geeignete Basis für den von Foch erstrebten Durchbruch durch die Siegfriedstellung zu schaffen, ging Foch am 8. vom Havrincourt-Wald bis an die Somme zum geschlossenen Großangriff über. Um 5 Uhr 5 Min. setzte auf der ganzen Front stärkstes Feuer ein, das bis tief in das Hintergelände reichte. Etwa nach einer Stunde gingen die Engländer auf der ganzen Front zum Angriff vor. Zahlreiche Tanks rasselten der englischen und französischen Infanterie voran, während starke Geschwader von Schlachtfliegern tief herabstießen, um durch Maschinengewehrfeuer und Bombenwürfe die deutsche Verteidigung zu erschüttern. Der geplante Durchbruch mißglückte. An den Flügeln der Angriffsfront hielten sich Bouzeaucourt und Holnon. Gegen ersteres stürmten die Engländer dreimal an. Fresnoult hielt sich gegen viermal wiederholten Feindangriff. Im Zentrum gelang es den Engländern, die deutschen Linien zurückzudrücken. Nach erbitterten hin und her wogenden Kämpfen blieben Epéhy und Lonsson in Hand der Engländer. Um 6 Uhr 30 Minuten nachmittags stürmten die Engländer nach abermaliger Artillerievorbereitung von neuem. Alle Versuche, über Lonsson hinaus vorzudringen, scheiterten an dem Maschinengewehrfeuer, das ihren Sturmwellen aus den Dorftrümmern bei zähe verteidigten Lompire entgegenschlug. Südlich davon zersplitterte ihr Ansturm im deutschen Gegenstoß.

Um 9 Uhr brach ein neuer feindlicher Angriff auf Villers-Guislain blutig zusammen.

Im Abschnitt St. Quentin blieben alle Anstrengungen der Franzosen, Boden zu gewinnen, erfolglos. Ihre Versuche, den Angriffsraum südlich der Somme zu verweitern, unterband das zusammengefaßte deutsche Feuer.

Die gesamten Kämpfe spielten sich in dem Gelände vor der deutschen Siegfriedlinie ab trotz größter Anstrengungen und rücksichtslosem Menschen- und Materialeinsatz des Gegners.

Fernbeschießung von Metz durch ein weittragendes französisches Geschütz

Das Feuer wieder eingestellt.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

K. Metz, 17. September.

Die „Metzer Zeitung" meldet: „Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: „Seit mehreren Tagen beschießt der Feind Metz aus einem weittragenden Geschütz. Diese Beschießung ist all die Jahre hindurch, die der Krieg schon dauert, stets möglich gewesen und wurde schon lange erwartet. Die modernen Geschütze haben noch eine weit größere Tragweite als die Entfernung von südlich Pont à Mousson nach Metz. Man braucht nur an die von uns so erfolgreich durchgeführte Beschießung von Paris im Frühjahr und Sommer dieses Jahres zu denken, die über 100 Kilometer erfolgte. Die jetzige Beschießung hängt also keineswegs damit zusammen, daß der Feind nach unserer Räumung des St. Mihiel-Bogens der Stadt nähergekommen. Sie ist nur eine Begleiterscheinung der jetzigen Kämpfe westlich und südwestlich Metz, und wird bald aufhören, wenn diese sich festgelaufen haben. Daher wird vom Gouvernement keinerlei Aenderung in den Bestimmungen über die Ein- und Ausreise aus dem Gouvernementsbereich erlassen werden." Amtlich wird fernerhin bekanntgegeben: „Nach kurzer Dauer hat der Feind die Fernbeschießung von Metz wieder eingestellt. Rund vierzig Schuß hat er in drei Tagen abgegeben. Das schnelle Aufhören der Beschießung danken wir unserer Fernartillerie, die dem weittragenden feindlichen Geschütz weiteres Verbleiben in seiner Stellung verleidete. Feindliche Flieger, meist zu amerikanischen und englischen Verbänden gehörend, sah und hörte man weiterhin sehr häufig über Metz und Umgebung. Glücklicherweise haben ihre zahlreichen, meist wahllosen Bombenabwürfe keinen Menschen verletzt und nur zum allerwenigsten Teil Sachschaden verursacht. Dafür sind sie aber ordentlich zerpflückt worden. Von Sonnabend früh bis Dienstag früh sind westlich und südlich Metz vierzig feindliche Flieger zum Absturz gebracht worden."

✠ Genf, 19. September.

Die Einnahme der „Tasche von St. Mihiel" hatte in der Pariser Presse einen solchen Jubel ausgelöst, daß sich die Washingtoner Regierung genötigt sieht, diese unberechtigte Freude etwas zu dämpfen und vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. Der „Petit Parisien" veröffentlicht ein Kabeltelegramm aus Washington, in dem es heißt, die Einnahme der Tasche von St. Mihiel habe natürlich große Befriedigung in Amerika hervorgerufen, die große Presse rate jedoch, den Enthusiasmus etwas zu mäßigen, und warnt vor optimistischen Uebertreibungen. Die ernste Presse müsse die Tragweite des Erfolges richtig einschätzen, und in dieser Hinsicht sei die Erklärung eines Mitgliedes der französischen Mission in Amerika, des Obersten Paul Azan, beachtenswert, der empfahl, gegenwärtig nicht an Metz zu denken.

Zum Alldeutschen Verbandstage.

Randglossen.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Friedrich Thimme.

In der Resolution des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes vom 14. September wird der gegen den Verband erhobene Vorwurf der Kriegshetze „mit Verachtung" zurückgewiesen. Der Alldeutsche Verband will — kein Kind, kein Engel ist so rein — weiter nichts getan haben, als in klarer Erkenntnis der Weltlage vor einer kommenden Katastrophe gewarnt und gefordert zu haben, daß das eigene Volk dieser Katastrophe gerüstet gegenüberstehe. Diese Behauptung erfährt nach allen gehäuften Beweisen für die alldeutsche Kriegssehnsucht noch eine besonders eigenartige Beleuchtung dadurch, daß der Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Baron v. Vietinghoff-Scheel, in einer am gleichen 14. September in der „Deutschen Zeitung" abgedruckten Antwort auf meinen im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten „Offenen Brief" wörtlich zugesteht:

„Wir Alldeutsche glauben, daß ein Volk, sieht es andere Völker einen Krieg so hartnäckig und planmäßig vorbereiten, daß er als unvermeidlich angesehen werden muß, nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht hat, den unvermeidlichen Kampf zu dem Zeitpunkt anheben zu lassen, welcher ihm siegreichen Ausgang am sichersten zu verbürgen scheint.

Den obigen Grundanschauungen entsprechend haben wir Alldeutsche seinerzeit, als wir mit schwerer Sorge das unvermeidliche Kommen des jetzigen Schicksalskampfes erkannt hatten, es als unsere Pflicht gegenüber Reich und Volk empfunden, den Rat zu geben, den nun einmal aus der Bosheit der Feinde heraus unvermeidlichen Kampf sieher zu bestimmten, uns günstigen Zeitpunkten ausbrechen zu lassen, als daß die Feinde ihn zu der ihnen gelegenen Stunde eröffnen. Wir haben das angesichts der furchtbaren Ueberlegenheit der Feinde nach bestem Wissen und Gewissen für nichts weniger gehalten, als unsere verd . . . Pflicht und Schuldigkeit."

Hier wird also mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zugegeben, daß die Alldeutschen andauernd zum Kriege geraten haben. Gleichwohl verwahrt sich Baron v. Vietinghoff dagegen, daß von alldeutscher Kriegstreiberei gesprochen werde; „sittlichen Ernst" werde man doch den alldeutschen Anschauungen vom Präventivkriege nicht absprechen können! Uns scheint, wer zum Kriege rät, der treibt auch zum Kriege, und wer das in aufreizender, die Leidenschaften des Volkes anstachelnder Weise tut, wie das zum Beispiel 1911 anläßlich der Marokkokrise nachweisbar geschehen ist, der hetzt auch zum Kriege. Und was den sittlichen Ernst des alldeutschen Rats zum Kriege betrifft — nun, ein Bismarck, der von den Alldeutschen sonst so hoch als ihr hehres Vorbild gepriesen wird, war der Ansicht, daß der Präventivkrieg unter gar keinen Umständen gerechtfertigt werden könne; er galt ihm demnach genug entschieden als etwas Unsittliches. Als gelegentlich der Luxemburger Frage im Jahre 1867 General v. Moltke zum Präventivkrieg gegen Frankreich riet, sagte Bismarck zu dem freikonservativen Grafen Bethusy-Huc: „Niemals würde er das verantworten können, das Elend eines Krieges über sein Land heraufzubeschwören, wenn das Land diesen Krieg nicht, wie das im österreichischen Kriege der Fall gewesen, zur Wahrung seiner vitalen Interessen oder seiner Ehre bedürfe. Die wie immer fundierte Ueberzeugung eines Regenten oder Staatsmannes, daß der Krieg dereinst doch hereinbrechen werde, könne einen solchen nicht rechtfertigen. Unvorhergesehene Ereignisse könnten doch die Lage ändern und das scheinbar Unvermeidliche abwenden." In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck sich nicht weniger als viermal mit aller Entschiedenheit gegen die Theorie des Präventivkrieges gewandt; er muß sie also, vielleicht in divinatorischer Vorahnung verderblicher alldeutscher Ratschläge als ganz besonders verwerflich und gefährlich angesehen haben. „Ich bin", so lautet die charakteristische Stelle, „der Theorie nicht bloß zur Luxemburger Zeit, sondern auch später, 20 Jahre lang entgegengetreten in der Ueberzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können, und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen."

Es ist höchst amüsant zu sehen, wie alldeutsche Weisheit dieses im voraus für die Alldeutschen vernichtende Urteil Bismarcks zu entkräften sucht. Es stamme aus den späteren Lebensjahren des Kanzlers, in denen auch bei ihm wie bei seinem alten Herrn eine gewisse Müdigkeit hinsichtlich kriegerischer Verwicklungen Platz gegriffen hatte, behauptet der stellvertretende Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, General v. Gebsattel, in seinem bekannten Aufsatze aus dem Jahre 1915, in dem er die Notwendigkeit des Krieges als eines seeli-

Ueberreichung der Note Burians in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✠ Genf, 19. September.

Wie Havas meldet, ist die österreichische Note gestern Mittwoch durch den schweizerischen Gesandten in Paris, Dunant, der französischen Regierung übergeben worden. Herr Dunant hat die Note, wie der Lyoner „Progrès" meldet, persönlich dem Minister des Aeußern Pichon ausgehändigt, der dem schweizerischen Diplomaten eine Empfangsbestätigung gab.

Die bevorstehende deutsche Antwort.

Nach hier vorliegenden Wiener Privatnachrichten wird dort heute (Freitag) der Eingang der deutschen Antwort auf die Note des Grafen Burian erwartet. Man ist in Wien bisher von deren Inhalt weit unterrichtet, daß die deutsche Regierung zwar den Vorschlägen des Grafen Burian grundsätzlich zustimmt, aber nicht verhehlt, daß sie den Erfolg des Schrittes der k. u. k. Regierung für zweifelhaft hält.

Wien, 19. September. (W. T. B.)

Eine amtliche Verlautbarung äußert sich zu den aus dem Auslande vorliegenden Meldungen zu der österreichisch-ungarischen Note, die Ablehnung könne kaum mehr zweifelhaft sein. Eine offizielle Antwort auf die Note des Grafen Burian liege bisher überhaupt nicht vor, und daher könne in eine Erörterung der Gründe, die die Ententeregierungen zu dieser Haltung bestimmt haben, gegenwärtigen Augenblicke noch nicht eingetreten werden. Was von der Seite Mr. Balfours liege bisher eine ausführliche Behandlung der österreich-ungarischen Anregung vor. Gerade seine Argumentation sei aber bereits ein Beweis dafür, wie richtig der Vorschlag des Ministers des Aeußern die Situation erfaßt hatte und wie nur ein Eingehen auf dessen Gedankengänge die bis heute allseits herrschende Verwirrung der Geister zu meistern vermöchte. Wenn die Friedensfrage von Balfour — und das Gleiche gilt für die hierüber im französischen und amerikanischen Senat geführten Debatten — unter dem Drucke der großen Schlagworte und aufgepeitschten Leidenschaften besprochen wird, dann kann sie allerdings keine gedeihlichen Fortschritte machen. Die Verlautbarung geht alsdann näher auf Balfours Aeußerungen ein und schließt mit der Bemerkung, daß der Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung aufrecht bleibt.

Der Rücktritt Monis' von der Untersuchungskommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

✠ Genf, 19. September.

Wie gemeldet, hat Monis seine Demission als Präsident der Untersuchungskommission des Staatsgerichtshofes gegeben. Er hat diesen Schritt mit angeblichen Gesundheitsrücksichten begründet. Die „Humanité" teilt heute mit, daß Monis, der für die Verurteilung Malvys gestimmt hatte, aus Gewissensbissen zurücktrete. Er wolle sich nicht der Möglichkeit aussetzen, die Untersuchung gegen Caillaux leiten zu müssen, der bekanntlich Finanzminister im Kabinett Monis war.